



ÜBUNGS-NL 10. MÄRZ 2016 DAS PRINZIP DES TEILEN – DIE VIELEN GESICHTER DER SHARING ECONOMY

Zeitungsartikel: Airbnb: Die Stadt Wien will Geld von privaten Vermietern

[...] Baumhäuser, Inseln oder Luftmatratzen in Studenten-WGs: Alles können Urlauber über Portale wie Airbnb buchen. Geltende Gesetze werden dabei häufig ignoriert. Die Stadt Wien rüstet zur Gegenoffensive.

Mittels Onlinebuchungsportalen wie Airbnb oder 9flats kann jeder sein Eigenheim, ganz gleich wie eigenartig, an Touristen und Geschäftsreisende untervermieten. [...]

In der Praxis ist das alles aber nicht ganz so einfach. Denn wer Zimmer, Wohnungen oder ganze Häuser touristisch vermietet, muss - genauso wie professionelle Quartiergeber - diverse Auflagen erfüllen; das Berappen der Ortstaxen ist nur eine davon. In vielen Fällen passiert genau das nicht, weshalb die öffentliche Hand um Steuereinnahmen umfällt. Zudem wird der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt weiter verknappt. Was also tun? In der Stadt Wien brütet seit Juni 2015 eine Arbeitsgruppe darüber, wie dem grassierenden Trend der Privatzimmervermietung über Onlineportale zu begegnen sei.

Airbnb als globaler Player im Tourismus

Privatzimmervermietung ist kein neues Phänomen, doch die Digitalisierung und der Vormarsch der sogenannten sharing economy, des kommerziellen Teilens von vorhandenen Gütern, bedingen den Aufschwung. Airbnb ist unter den Bettenportalen längst zum globalen Player im Tourismus avanciert.

Das Unternehmen selbst besitzt keinerlei Unterkünfte, sondern vermittelt Gäste mit Gastgebern und sorgt für die Abwicklung der Buchung - selbstverständlich nicht, ohne eine Servicegebühr einzuheben, und zwar von beiden Seiten, den Hosts, wie die Quartiergeber in der Unternehmenssprache heißen, und den Untermietern.

[...] In Österreich werden über Airbnb aktuell 11.000 Quartiere angeboten, 6000 davon allein in der Bundeshauptstadt. [...]

Zahlen sind Unternehmensgeheimnis

Nur: Wer Wohnungen wo vermietet und wie viele Nächtigungen dort verbucht werden, das weiß nur Airbnb, die Zahlen sind allerdings ein gut gehütetes Unternehmensgeheimnis. Kontrollen der Behörden gestalten sich schwierig, werden doch die genauen Adressen der Unterkünfte erst ersichtlich, sobald die Buchung fixiert wurde. Airbnb verweist gern auf Datenschutz sowie auf die Eigenverantwortung der einzelnen Nutzer.

Es ist jedenfalls denkbar einfach, die eigene Wohnung auf dem Portal anzubieten; niemand kontrolliert, ob das rechtens ist. Laut Spruch des Obersten Gerichtshofes vom Vorjahr dürfen selbst Wohnungseigner ihre Unterkünfte nur dann via Airbnb anbieten, wenn das von ausnahmslos allen übrigen Eigentümern im jeweiligen Haus gutgeheißen wird. Mieter

wiederum brauchen die Genehmigung ihres Vermieters. Zudem gibt es einiges zu bezahlen: Ortstaxe und, je nach Verdienst, auch Steuern. Hinzu kommt noch die polizeiliche Meldung der Gäste. Wer mehr als drei Wohnungen anbietet, muss ein Gewerbe anmelden.

Ganz will es die Stadt Wien aber offenbar nicht auf das Pflichtbewusstsein der Bürger ankommen lassen. Brauner plant zwei Gesetzesänderungen. Erstens: Unternehmen wie "Airbnb" sollen dazu verpflichtet werden, sämtliche Nutzerdaten zu übermitteln - Namen, Adressen und sogar die jeweils erzielten Umsätze. Zweitens: Das maximale Strafmaß bei Verstößen gegen das Tourismusgesetz soll von derzeit 420 Euro auf über 2000 Euro angehoben werden. Spätestens bis Jahresende soll das Gesetz beschlossen sein, versichert Brauner gegenüber profil: "Wir begrüßen neue Geschäftsmodelle, aber: Jeder muss sich an die gleichen Regeln halten."

Auch andere Metropolen suchen nach einer Linie gegenüber Bettenvermittlungsportalen: In Berlin soll die Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung generell verboten werden -die Übergangsfrist läuft in Kürze aus. New York errechnete Ende 2014, dass mehr als 70 Prozent der Angebote auf Airbnb illegal sind, und geht seither schärfer gegen die Vermieter vor. Airbnb vollzieht deshalb gerade einen Strategiewechsel und kommt den Städten entgegen. Für Amsterdam hebt das Bettenportal die fälligen Tourismusgebühren ein und überweist sie an die Stadtverwaltung. Und Rio de Janeiro, wo heuer die Olympischen Sommerspiele stattfinden, kooperiert eng mit dem Unternehmen, um die gesteigerte Bettennachfrage durch private Zimmer bedienen zu können.

[...] (profil online, gekürzt)